



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preitzelle 75 Pfennig, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Einzelexemplare unter obigem Titel im Post-Betriebsregister.

Für die Woche vom 27. Januar bis 2. Februar ist die Beitragsmarke in das mit 5 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Ist eine Beitragserhöhung notwendig?

Der Vorschlag im Artikel des Kollegen Lohbach in Nr. 3 der „Soll“ wird vielen Mitgliedern nicht ganz unerwartet kommen. Alles ist teurer geworden, am teuersten leider der Lebensunterhalt, dann Schutzeug und Bekleidungsgegenstände, Miete, Steuern, Krankentafelbeiträge, alle Gebrauchsgegenstände und so fort.

Wie aber der Haushalt des Einzelnen unter der Teuerung schwer leidet, so ist es auch mit der Organisation, die ihre Erhaltung, Aufbau und Ausbau nur durch die Mitgliederbeiträge bestreiten kann. Unsere Ausgaben sind gegen die Friedenszeit natürlich ebenfalls ungleich höher geworden und alle die oben aufgezählten Ausgabenerhöhungen treffen auch bei uns zu, während die Einnahmen um ganz erhebliche Summen zurückgegangen sind. Wir haben jetzt noch zur Zeit, obgleich der verwundeten und gefallenen Kollegen, 4744 Mitglieder im Felde stehen, die ausnahmslos Zahler der höchsten Klasse waren. Das bedeutet für die Verbandskasse allein pro Quartal einen Ausfall von 43 170,40 Mk., das sind fast 100 Prozent der gegenwärtigen Einnahme. Die Quartaleinnahmen der letzten 3 Quartale ergaben inklusive Kriegsbeitrag im 1. Quartal 1917 47 098,24 Mk., im 2. Quartal 47 714,79 Mk., im 3. Quartal 52 307,79 Mk. Die langsame Erhöhung der Einnahme hat ihre Ursache in der Zunahme der Mitgliederzahl und ebenfalls im Herausfallen der Mitglieder aus niedrigeren in höhere Beitragsklassen, was durch die Teuerungszulage verursacht ist. Dieser langsamen Erhöhung der Einnahmen steht aber auch eine ständig steigende Unterstützungserhöhung gegenüber, die hauptsächlich durch die Krankenunterstützungsziffern zum Ausdruck kommt. Infolge der schweren, angestrengten Arbeit und viel zu geringen Ernährung ist aber bestimmt damit zu rechnen, daß die Krankenziffern weiter steigen werden und es ist leider Tatsache, daß auch die Ziffern für Arbeitslose ebenfalls im Steigen begriffen sind.

Solange nun die Verbandskasse mit gesunden Ueberschüssen arbeitete, haben wir uns nicht mit einer Beitragserhöhung an unsere Mitglieder gewandt, aber jetzt, wo die erhöhten Ausgaben der Hauptklasse in absehbarer Zeit bestimmt ein Defizit zeitigen werden, muß eine Beratung darüber einsetzten, welchen Weg wir einschlagen wollen, um die Organisation, auch in Zukunft leistungsfähig zu erhalten.

Der Weg, den der Kollege Lohbach in Nr. 3 der „Soll“ zeigt, ist sicherlich gangbar; denn er trifft in allererster Linie nur die Gruppe von Kollegen und Kolleginnen, die durch die Teuerungszulage eine bzw. zwei höhere Klassen mit allerdings auch höheren Unterstützungssätzen bilden können. Der Geldwert ist so gesunken, daß es auch

notwendig ist, bei der jetzt viel teureren Lebenshaltung der Familien, im Falle der Arbeitslosigkeit, höhere Unterstüßungen zu erhalten. Dasselbe gilt auch bei zu erwartenden Lohnbewegungen.

Wer bisher bei einem Verdienst von mehr als 23 Mk. pro Woche verpflichtet war, der 6. Klasse anzugehören, erhielt bei höchster Berechtigungsdauer im Falle einer Arbeitslosigkeit eine Arbeitslosenunterstützung von 15 Mk. pro Woche. Das bedeutete immerhin eine Hilfe für die Friedenszeit, die annehmbar war.

Heute aber, wo wir durch wiederholte Teuerungszulagen doch größere Gruppen haben, die 35 Mk. bis 46 Mk. und mehr pro Woche verdienen, würde im Falle einer Arbeitslosigkeit eine Unterstüßung von 15 Mk. nicht mehr den Ausgleich schaffen können, der auch nur annähernd mit dieser Summe in Friedenszeiten erreicht werden konnte.

Die Aussicht auf größere Arbeitslosenzahl ist, wie schon ausgeführt, leider vorhanden; denn der Papiermangel allein hat schon verursacht, daß sehr viele Maschinen still gelegt werden mußten.

Leider hat das Buchdruckgewerbe wenig Aussicht auf baldigen Ausgleich dieser schweren Mängel und die sich steigende Arbeitslosigkeit zeigt ja zur Genüge, was zu erwarten ist. Schwerer aber noch muß uns die erste Zeit nach dem Kriegsschlus treffen, denn dann werden ganz besonders hohe Anforderungen an die Verbandskasse gestellt werden. Die notwendige Erhöhung liegt also im beiderseitigen Interesse und es ist wohl bestimmt damit zu rechnen, daß die davon betroffenen Mitglieder zu all den vielen Ausgaben auch noch diese verhältnismäßig keine Ausgabe auf sich nehmen; denn die Organisation ist allein die Stelle, die für Besserstellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mitglieder eintritt, sie schützt, wenn ihnen Unrecht geschieht, und bei Lohnbewegungen, Arbeitslosigkeit und Krankheit ist sie die treueste Helferin.

Unsere jetzt bestehende Beitragzahlung nach Lohnklassen hat ja schon bewirkt, daß die Mitglieder aus niedrigeren Klassen in höhere hinein gekommen sind. Für alle diese Mitglieder kommt eine Beitragserhöhung nicht mehr in Betracht, wie nachfolgendes Beispiel zeigt.

Einteilung der Lohnklassen:

Alte Sätze nach d. Statut:			Mein neuer Vorschlag:		
Wochenlohn Mk.	Klasse	Beitr. Pf.	Wochenlohn Mk.	Klasse	Beitr. Pf.
bis 9	1	20	bis 15	1	40
über 9—12	2	30	15—20	2	50
„ 12—15	3	40	„ 20—25	3	60
„ 15—20	4	50	„ 25—30	4	70
„ 20—23	5	60	„ 30—35	5	80
„ 23	6	70	„ 35	6	100

Kollege Lohbach empfiehlt ja in seinem Vorschlag eine Steigerung von 10 Pf. für Klasse 5 und 20 Pf. für Klasse 6, also höchstens 90 Pf. Wenn aber nicht nur eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung für die Klasse 5 und 6 kommen muß, sondern auch eine Erhöhung der Streikunter-

stützung sich als notwendig ergibt, dann dürfte die Einnahme ohne eine stärkere Heranziehung der Klasse 6 fast ganz für Unterstüßungserhöhungen draufgehen. Daher würde ich empfehlen, für Klasse 5 = 80 Pf. und für Klasse 6 = 1 Mk. zu erheben.

Noch handelt es sich ja hier um Vorschläge, die durch rechnerische Unterlagen erst ein besseres Bild geben werden. Gut aber ist es auf jeden Fall, wenn die Kollegen und Kolleginnen verschiedene Vorschläge zur Prüfung haben.

Die Abschaffung von 2 Klassen bedeutet allerdings für die Kolleginnen, die zwischen 12 und 15 Mk. verdienen, eine kleine Erhöhung; aber wir dürfen hier nicht vergessen, daß es sich wirklich hier nur um einen kleinen Bruchteil handelt, wobei sich gerade oft in diesen Klassen Mitglieder befinden, die, weil sie annehmen, feste Stellung zu haben, bei Lohnserhöhungen es veräumen, einer höheren Beitragsklasse beizutreten, was natürlich bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit dann durch niedrigere Unterstüßungen unangenehm empfunden wird.

Unsere Organisation hatte bisher für die geringeren entlohten Weiblichen die niedrigsten Sätze, wie die Beitragshöhe der Buchbinder, Transport- und Fabrikarbeiter zeigen. Durch die erfolgten Teuerungszulagen aber ist bestimmt damit zu rechnen, daß Wochenlöhne unter 12 Mk. selbst für Vogenfängerinnen nirgends mehr gezahlt werden. Wo es aber noch der Fall sein sollte, da muß sich die Kollegenchaft eifrig rühren, um das Veräuerte durch Forderungen nachzuholen. Der Verband steht ihnen hierbei mit Rat und Tat zur Seite. Wir können noch nicht absehen, wann endlich der Krieg ein Ende nehmen wird und mit einer Verbesserung der Lebensmittelpreise und Preisermiedrigung ist nicht zu rechnen; eher werden noch weitere Steigerungen zu erwarten sein, die dann natürlich weitere Teuerungszulagen notwendig machen werden.

Aber auch unsere Tarifposition ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Im Frühjahr entscheidet es sich, ob die Prinzipalorganisation mit uns brauchbare Vereinbarungen treffen will, oder ob wir durch weiteres, ablehnendes Verhalten einer tariflosen Zeit den Vorzug geben. Ein außerordentlicher Verbandstag wird daher nicht zu umgehen sein, der über diese beiden wichtigen Fragen (ja es sind Lebensfragen, für die Organisation) entscheiden muß.

Daher ist es an der Zeit, die Frage unserer Beitragsregelung und ihre Folgeerscheinungen, auf dem Unterstüßungsgebiet ernstlich zu behandeln. Eine Vorlage, die auch den Mitgliedern einen Uebersicht über die Wirkung der neuen Einnahmen und Ausgaben geben wird, erscheint in nächster Zeit. Bis dahin aber müssen unsere Ortsverwaltungen und die Kollegenchaft sich mit der Notwendigkeit einer Beitragserhöhung vertraut gemacht haben und selbst an die Prüfung der Frage herangehen.

Wie immer, wenn der Verband von seinen Mitgliedern Verständnis für eine notwendige Frage fordert, sind wir gewiß, daß auch diesmal

das Verständnis für diese Notwendigkeit vorhanden ist; denn hier handelt es sich nicht nur um einseitiges Nehmen, sondern auch die Gebenden sollen im Unterstufungsfalle mehr erhalten. Selbst daher durch die Neugestaltung der Beitragsform die Organisation stärken und Jhr, Kollegen und Kollegeninnen, stärkt damit Eure eigene Position.

B. Thiede.

Menschenverluste und Wirtschaftsleben.

II.

Für eine Steigerung der Gütererzeugung und eine Verbillichung der Güterverteilung in einem Lande ist eine wichtige Voraussetzung die Organisation der wirtschaftlichen Betriebe im einzelnen und des wirtschaftlichen Lebens im ganzen. Das, was einsichtige Volkswirtschaftler schon seit Jahren gefordert haben, muß nach dem Kriege streng durchgeführt werden, nämlich ein planmäßiges Wirtschaften auf organisatorischer Grundlage. Hierzu wird eine Zentralisierung der für den Massenbedarf arbeitenden Betriebe nötig sein. Das stamme Zusammenfassen der menschlichen Arbeitskräfte und der Naturkräfte an einer Stelle zur Erzeugung von Bedarfsgütern in ungeheuren Mengen, wie es heutzutage schon in Großbetrieben stattfindet, muß zur Regel werden. Dadurch ist möglich, die Kräftezersplitterung und die ungeheure Kräftevergeudung, unter der unser Wirtschaftsleben bisher gelitten hat, wesentlich einzuschränken, wenn auch nicht ganz zu beseitigen. Das sind natürlich schlimme Ausichten für die Kleinbetriebe und mancher selbständige Handwerker wird dadurch seine Selbständigkeit einbüßen, aber es hat keinen Wert, sich gegen wirtschaftliche Notwendigkeiten anzusetzen. Die Ueberlegenheit der industriellen Großbetriebe über die Kleinbetriebe und ihre größere Leistungsfähigkeit ist eine unbestrittene Tatsache, die uns zu einer Veränderung unserer Gütererzeugung in der Richtung zum Großbetriebe drängen wird. Die einzige Rettung der kleinen Handwerker liegt in dem genossenschaftlichen Zusammenschluß, aber es muß abgewartet werden, wie die Entwicklung in dieser Beziehung verlaufen wird. So viel steht aber schon heute fest: jede wie auch immer geartete Mittelstandspolitik muß ergebnislos bleiben, die sich den Forderungen der Zeit in den Weg stellt. Anders verhält es sich allerdings mit der Land-

wirtschaft. Hier hat sich gezeigt, daß die Klein- und Mittelbetriebe leistungsfähiger sind, weil sie intensiver arbeiten und mit dem persönlichen Interesse des einzelnen Wirtschafters rechnen. Kleinere und mittlere Betriebe sind übersichtlicher, der Besitzer kann überall dabei sein und nach dem Rechten sehen, auch lassen sie sich gründlicher und sorgfamer bewirtschaften. Wie schon erwähnt, müssen sich diese Betriebe zu einer Einkaufs-, Arbeits- und Wertungsgenossenschaft zusammenschließen. Diese über das ganze Land zerstreuten Genossenschaften, die durch ein geistiges und organisatorisches Band zusammengehalten werden, müssen ein dauerndes Austauschverhältnis pflegen mit den städtischen Verbrauchergenossenschaften. Durch eine intensive, technisch hochstehende und planmäßig organisierte Gütererzeugung, die ihre Erzeugnisse unter Ausschaltung aller überflüssiger Zwischenglieder an die Verbraucher liefert, wird unsere Landwirtschaft imstande sein, gute, preiswürdige Lebensmittel in ausreichender Menge zu liefern.

Besonders not tut eine Organisation und Zentralisierung der Warenverteilung. Die Planlosigkeit und Zersplitterung, die früher auf diesem Gebiete herrschte, schreit geradezu zum Himmel. Die Art und Weise, wie unsere wichtigsten Lebensmittel wie Brot, Milch, Fleisch, Kartoffeln, Gemüse, Steinkohlen usw. in den Großstädten an die Verbraucher herangebracht wurden, ist sinnlos und bedarf dringender der Abänderung. Das hat man auch unter der Not der Kriegszeit eingesehen, und deshalb wurden zahlreiche Organisationen geschaffen. Daß diese Notstandseinrichtungen nicht so funktionieren, wie es wohl wünschenswert wäre, hat verschiedene Ursachen, deren hauptsächlichste in der Schwerfälligkeit des bürokratischen Apparats, in der innern Widersprüchlichkeit aller Bevölkerungsschichten gegen die Rationierung und endlich kritisch in der Lebensmittelknappheit an uns für sich zu suchen sind. Das Versagen der behördlichen Lebensmittelversorgung ist kein Versagen der Organisation schlechthin, wenn erst wieder normale Zeiten eingetreten sind, wird sich, unter tatkräftiger Mitarbeit der Konsumgenossenschaften, eine Organisation der Lebensmittelversorgung ins Leben rufen lassen, die zwar nicht tadellos und ohne Mängel sein, doch aber im wesentlichen allen berechtigten Anforderungen entsprechen wird.

Zweifellos wird sich der Arbeitermangel in der künftigen Friedenszeit bei uns in unangenehmer Weise fühlbar machen und uns hindern, alle

jene Vorkehrungen und Einrichtungen zu treffen, die einem weitfichtigen Volkswirtschaftler notwendig erscheinen. Zum Glück für unser Vaterland sind die Menschenverluste in den anderen kriegsführenden Ländern noch weitaus größer, so daß die andern Völker nicht fähig sind, was sie wohl gern möchten, uns den Platz auf dem Weltmarkt streitig zu machen. Wenn wir auch in den ersten Jahren schwer zu ringen haben, auf die Dauer wird es unmöglich sein, uns tot zu konkurrieren. Unsere Gegner werden ebenfalls wegen Mangels an tüchtigen Arbeitskräften minder leistungsfähig sein als früher, und selbst die Amerikaner werden ihre weitausgepönten Zukunftspläne nicht verwirklichen können, weil es ihnen an Händen fehlt. Sicherlich wird der Auswandererstrom, der früher die Landwirtschaft und Industrie Amerikas befruchtete, viel spärlicher rinnen und vielfach ganz versiegen, ja, es steht zu erwarten, daß eine starke Rückwanderung einsehen wird. Besonders für Deutschland ist die Aussicht vorhanden, wenn es gute politische, soziale und wirtschaftliche Zustände schaffen wird, daß zahlreiche Ausgewanderte, die drüben nicht das gefunden haben, was sie suchten, in ihre alte Heimat zurückkehren und dort von neuem ihre Kräfte erproben werden.

So stehen denn für uns die Ausichten für die künftige Friedenszeit durchaus nicht so ungünstig, wie manche Leute annehmen. Natürlich muß in allen Bevölkerungsschichten die nötige Einsicht und der feste Wille vorhanden sein, tatkräftig mit Hand anzulegen an dem Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens. Auch unser Staat muß seine Pflicht und Schuldigkeit tun. Es ist ganz ausgeschlossen, daß der Staat der Vorkriegszeit wiederkehrt und sein Garn dort antnüpft, wo es der Weltkrieg zerrissen hat. Er hat hohe, unbefriedigend hohe Anforderungen an seine Bürger und Bürgerinnen, an die breite Masse des Volkes, gestellt, und alle sind diesen Forderungen nachgekommen. Da ist es eine Selbstverständlichkeit, daß der Staat zu einem Volksstaat werden muß, der uns allen nicht nur Rechtssicherheit, sondern auch die Existenzmöglichkeit gewährleistet.

Der Papiermangel und seine Wirkungen.

Dresden. Am Sonntag, den 13. Januar, veranstaltete das Graphische Kartell eine Versammlung, um gegen die mangelnde Papierversorgung

Am letzten Tag.

Erzählung von Ernst Preczang.

(Nachdruck verboten.)

Kannst Dich ruhig zu mir setzen, Söhnchen. Der alte „Kunde“ mit dem kupferfarbenen Antlitz stieß es grollend heraus, als ein junger Handwerksbursche, eben aus seinem Schlafjimmer kommend, in die Gaststube der Herberge trat, sich schen und zögernd umfah und sich dann abseits an einem der rohen Tische niederlassen wollte. „Ich freß' keinen!“

Sie waren die einzigen, die in der kleinen Herberge des Dertchens übernachtet, sich am vorhergehenden Abend aber nur flüchtig gesehen hatten.

„Hast Dir wohl 'n Extrafalon gemietet für die Nacht, he? Angst gehabt, vor dem alten grauen Gallunken, was? Der alte Rabe hat noch keinen gefressen! — Da, platz Dich hin!“

Der Jüngere war näher herangekommen. „s wird wohl egal sein, wo man sitzt,“ brummte er. „Maule nicht, Söhnchen.“ Der Alte strichelte ihm die Wangen. „Ach, wie weich und weiß und rot, Jungchen. Bist noch nicht lange los von der Milchflasche, wie? Lange bescheint Dich die Schauffeisonne noch nicht.“

„Drei Wochen!“ Das klang fast wie trotziger Stolz.

„Drei Wochen!“ Der andere lächelte mit einem komisch-wichtigen Gesicht und nickte bedeutungsvoll. „Hoho, hoho! Seht ihn an!“ Und nach einer Weile: „Wo willst'n drauf zu, Söhnchen?“

„Auf Breslau.“

„Auf Breslau, so. Na, da gehen wir ein Stück zusammen, hörst?“

Die Antwort blieb aus.

„Ob Du hörst?“

„Was soll' ich nicht hören? 's frag' sich bloß, ob ich will?“

„Ach so — freilich. Ob Du willst, Du Gelschnabel! Ich dacht', es wär Dir 'ne Ehre, mit dem „alten Rabe“ ein Stück zu wandern. — Da scher' Dich zum Satan meinethwegen!“

„Ich bin wohl nicht weit ab von ihm, bleib' ich Dir nahe.“

Der Alte stemmte beide Hände gegen den Tisch und lehnte sich hintenüber, die Augen aufreißend: „Hoho! Hoho! Jungchen, wo hast das Maul her? Vom Vater oder der Mutter?“

„Von der Mutter. Der Vater gab mir das dazu!“

Eine knochige Faust senkte sich dicht vor des Alten Nase auf den Tisch. „Für den Fall, daß das Maul nicht ausreicht.“

Der andere strich sich lächelnd den zottigen Bart: „Du, das hab' ich Dir nicht angesehen als Du reinkamst. Kreuzdonner! Hält mir der Milchbart gleich fünf gebogene Finger unter den Kollben!“ Er ergriff seine beiden Hände: „Söhnchen, Söhnchen, Du gefällst mir! Akkurat so war ich! Wir geß' ein Stück miteinander, ja? Ich hätt' gerne Gesellschaft heute. Bloß heute.“

„Meinethwegen.“

„Wo gut. — Vater!“ Er rief's dem Herbergswirt zu. „Ist das Morgenbet bald fertig?“

„Wenn Ihr den Kaffee meint, da ist er schon.“

Die Wirtin brachte zwei dampfende Becher nebst Weisbrotchen.

Heißhungrig fiel der Jüngere über seine

Mahlzeit her. Nach drei Minuten stützte er den Kopf auf beide Hände und sah dem „alten Rabe“ zu, der ihm noch ein halbes Brötchen hinschob: „Ich, Söhnchen. Dir schmeck't's noch. Mir will's nicht hinunter. Es sieht mir wie ein Knoten in der Röhre. Hier.“ Er deutete auf die Brust. „In den letzten Tagen war's besonders arg. Tu' laum ein Auge zu in der Nacht. Wälz' mich auf dem Strohsack wie ein Igel. Bunte Wilder tanzen mir um den Kopf. Ganze Landschaften und allerlei Figuren. Kennst Du das?“

Der andere schüttelte den Kopf.

„Sei zufrieden. Es ist nicht schön. Gar nicht. Vergangene Nacht hat's mich genommen wie noch nie. Mich gerissen und geschmissen nach allen Seiten. Vielleicht, weiß's so hell war unterm Dach. Ich schlaf' nämlich immer im höchsten Stipfel mußt Du wissen. Feine Leute wie Du brauchen das nicht. Da war eine Nixe im Dach, g'rab' über mir. Eine Pröse Mondschein kam hindurch und kitzelte mir die Nase. Und das ganze dunkle Loch war mit einemmal hell wie am Tag. Dann fingen sie an zu tanzen. Wer? Ich weiß nicht. Die Katzbrine war dabei und der Mehlmaß. Viele andere. Und eine riesig lange Landstraße war, da tanzten wir drauf herum. Ueber uns schrieen die Wildgänse. — Das heißt: die Wildgänse hab' ich wirklich gehört. Aber das andere waren Gespenster.“ Er hielt den Kopf nachdenklich gesenkt. Plötzlich lachte er dröhnend auf: „Glaubst Du an Gespenster?“

Dem Jüngeren sah die Unbehaglichkeit aus den Augen. Er hob sich mit einem Ruck: „Ich geh' jetzt!“

„Hoho! Nicht so eilig, Söhnchen! Ich komm' auch mit!“ Er hielt ihn mit der Linken am Nacken-ärmel fest, während die Rechte schnell den Becher

und gegen den Papiertwucher Stellung zu nehmen. Der Referent, Kollege Wendische, Buchdrucker, möchte folgenbes aus.

Das graphische Gewerbe gehöre zweifellos mit zu den Berufen, die durch den Krieg und seine Folgen am schwersten in Mitleidenchaft gezogen wurden. Seien doch seit Kriegsausbruch etwa 20 Prozent der Buchdruckereibetriebe zum Stillstand gekommen, und wenn die jetzt bestehende Papiernot nicht beseitigt werden könne, stehe das schlimmste bevor. Der Papiermangel habe schon jetzt einen Umfang angenommen, der nicht nur den Fortbestand einer Anzahl Druckereien gefährde, sondern der geeignet sei, schwere Schädigungen des wirtschaftlichen Lebens herbeizuführen. Was heute noch an Drucksachen hergestellt würde, sei für das geistige, merkanthile und gewerbliche Leben so gut wie unentbehrlich und diene im wesentlichen der Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft. Eine weitere Einschränkung dieser Druckerzeugnisse würde nicht nur eine bedenkliche Benachteiligung aller während der Kriegszeit besonders schwer schaffenden Volksschichten bedeuten, sondern auch das graphische Gewerbe schwer schädigen und die Stilllegung weiterer Betriebe zur Folge haben.

Was sei nun von der Reichsregierung geschehen, um unser durch den Krieg so schwer geschädigtes Gewerbe lebensfähig zu erhalten? Es wurden offizielle Stellen zur Regelung der Papierfrage geschaffen. Aber das Vorhandensein und die Tätigkeit dieser „Stellen“ hätten nicht zu verhindern vermocht, daß eine Papierkatastrophe hereingebrochen sei. Die eigentliche Bewirtschaftung des Papiers begann mit der Bekanntmachung vom 19. April 1916, die sich im wesentlichen nur auf unbedrucktes, maschinenglattes, holzhaftiges Druckpapier bezog. Spätere Verordnungen umfassten dann aber auch andere Papiere, insoweit sie zur Herstellung von Verlagsdrucken, Musikalien, Zeitungen, Zeitschriften usw. verwendet werden. Verschiedene Bekanntmachungen des Reichskanzlers regelten den Verbrauch des Papiers, aber bald mit jeder Kontinentalisierung sei der Verbrauch eingeschränkt worden. Gegen die Friedenszeit belaufe sich die Umfangsverminderung zum Teil bis zu 70 Prozent! Seit dem 1. Juli 1916 unterliege die Preissetzung für Zeitungspapier der Reichsstelle für Druckpapier, während alle sonstigen Papiere der freien Preisbildung überlassen geblieben seien, hier gingen denn auch die Preissteigerungen zum Teil über 500 Prozent hinaus. Während 100

Kilo Zeitungspapier bis 1. Juli 1915 noch 21 Mk. kosteten, betrage der Preis vom 1. November 1917 an 48,75 Mk. Noch schlimmer stehe es mit der Farbe für Rotationsdruck: bis 1. Dezember 1914 kosteten 100 Kilo 38 Mk., gegenwärtig 160 Mk.!

Kebner ging nunmehr auf die Ursachen des Papiermangels ein. Auf der Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Bereins am 8. September 1917 in Heidelberg habe Direktor Krämer, der Vorsitzende des Reichsausschusses für Druckgewerbe, Verlag und Papierverarbeitung, ausgeführt, daß die Heeresverwaltung einen wesentlichen Prozentsatz der Gesamtproduktion an Papier für den Feldbedarf benötige. Ein viel größeres Loch reiße das Spinnpapier. . . Dann erst komme das Quantum für die Tagespresse. Es bleibt also nur die Hälfte der ganzen Papiererzeugung für allgemeine Zwecke übrig. Hier gehe aber zunächst wieder der große Bedarf der Heeresverwaltung für Schreib- und Druckpapier, desgleichen der gleiche Bedarf des Reiches, der Bundesstaaten, der Gemeinden, der Gerichte und Schulen und der nicht minder große für die Lebensmittelarten und -formulare im besonderen ab.

Als Folge der Kohlenalamität komme für Dresden auch noch der verminderte Gasdruck in Betracht, der daran schuld sei, daß bereits in unserer Stadt 18 graphische Betriebe zum Teil stillgelegt werden mußten und eine Anzahl Berufsgeossen und Genossinnen dadurch arbeitslos wurden.

Kebner streifte sodann den jetzigen Umfang der Tagespresse, den Zwang zum Verweigern der Aufnahme von größeren Inseraten. Auch auf die hohe Zahl der Kriegszeitungen ging Kebner ein. Bis Oktober 1917 wurden gezählt: 61 auf dem westlichen und 42 auf dem östlichen Kriegsschauplatz. 21 deutsche Tageszeitungen in besetzten Gebieten. Weihnachts- und Gefangenlagerzeitungen sind hierbei nicht mit eingerechnet. Was die Papierproduktion anbetreffe, so habe der Zeitungsverlag mitgeteilt, vom Reichskommissar sei die bezügliche Mitteilung gemacht worden, daß trotz der herrschenden Transportkrise die Zeitungspapierfabriken feste Kohlenmengen erhalten sollten. Dagegen sei eine Eingabe des Landrates der Deutschen Buchdrucker vom 10. November 1917 wegen der Papieralamität bis jetzt noch nicht beantwortet worden. Trotz Würdigung der bestehenden Schwierigkeiten müsse gesagt werden, daß es

so nicht weitergehen könne. Das graphische Gewerbe erhebe laut seine Stimme. Würde unser Gewerbe noch mehr ruiniert, habe es sehr lange Zeit am Aufbau wieder zu arbeiten. Dadurch würden unsere Feldgrauen mitgetroffen werden, die wahrlich ein anderes Los nach ihrer Rückkehr verdienten als große Arbeitslosigkeit.

In der Debatte erläuterte Kollege Lange, Buchbinder, das am 3. Januar 1918 in Kraft getretene Ausfuhrverbot für Papiererzeugnisse, Postkarten, Alben, Mappen usw. Hierdurch werde dieser Zweig des Gewerbes fast vollständig lahmgelegt und seien Entlassungen und Kündigungen ganzer Belegschaften schon erfolgt. Der Staat müsse unbedingt für die Opfer dieser aus der Papiernot entsprungenen Maßnahmen aufkommen.

Kollege Herrmann ging dann noch näher auf die Ursachen dieser Papieralamität ein. Die zum Teil dadurch hervorgerufen sei, daß die meisten Papierfabriken sich mit der Anfertigung von Spinnpapier beschäftigten, daß ganze Betriebe auf diese Produktion eingestellt worden seien, weil hierfür bedeutend höhere Uberschüsse erzielt würden. Die stattgefundenen Ausstellungen von Erzeugnissen aus Papiergewebe hergestellt. Gegenstände und die dafür verlangten Phantastpreise habe dies bestätigt und auch gezeigt, in welchem Maße der Luxus bei der Papierverwendung eine kolossale Rolle spiele. Es werden dadurch der Fabrikation von Druckpapier viele Rohstoffe und nicht zuletzt Kohle unnötig entzogen. Weiterhin machte der Redner darauf aufmerksam, daß die Arbeiter es sich beschmeinen lassen sollten, wenn ihre Entlassung durch Papier- oder Kohlenmangel herbeigeführt würde, damit die zuständigen Organisationen die notwendigen Schritte zur Vertretung der Interessen der Entlassenen unternehmen könnten. Hierauf wurde folgende Entschliebung einstimmig angenommen.

Die am 13. Januar 1918 im Volkshaus tagende Mitgliederversammlung des Graphischen Kartells erhebt Protest gegen die mangelhafte Papierversorgung des graphischen Gewerbes und den Papiertwucher. Eine weitere Einschränkung der Druckerzeugnisse wird nicht nur eine bedenkliche Benachteiligung aller Volksschichten während der Kriegszeit bedeuten, sondern sie würde besonders auch das gesamte graphische Gewerbe schwer schädigen und die Stilllegung weiterer Betriebe zur Folge haben. Desgleichen läßt das allgemeine Ausfuhrverbot der Papierwaren vom 3. Januar

zum Munde hob, um den letzten Schluck zu nehmen. „Gibst mich für verrückt, was? Keine Angst. Ich bin ganz recht. Es ist mir bloß heute so — er fuhr sich mit der Hand schnell über die Stirn — „so, weil ich nicht geschlafen hab'. Und weil,“ er überlegte und machte dann eine heftige Geste. „Ah, weiß der Teufel! Lassen wir's!“ In großen, schnellen Schritten ging er zur Tür, die auf dem Hofe mündete, öffnete sie mit einem Ruck und blieb am Eingange stehen, hastig und tief atmend.

Der andere forderte sein Bündel vom Herbergswirt. Der flüsterte ihm zu: „Lassen Sie sich nicht mit dem Alten ein. Schlechte Gesellschaft hat schon manch' einen verdorben. Stecken Sie Ihr Geld gut fort, und versehen Sie den alten Lumpen sobald's nur geht.“

„Witz's bald, Söhnchen? Was gibst du noch zu flüstern? Hier.“ er wies auf den hereinbringenden Sonnenschein, „wie Gold auf dem Hof. Meine Nase wittert einen herrlichen Tag.“ Er steckte die Nase hoch und schnüffelte. „Herbst in der Luft, mein Junge. Sogar auf diesem Dreckschiff spür' ich's.“

Zwei Stellmacher arbeiteten auf dem Hofe in einem engen Winkel.

„Daß die's aushalten da, — ich begreif's nicht. Du?“

„Warum nicht? 's ist nicht jedem seine Sache, bis an's Ende auf der Landstraße zu hummeln und auf-andere Leute Kosten zu leben. Meine wär's auch nicht.“

„Oho!“ Der Alte wollte auffahren. Aber er besann sich. Sah seinen Begleiter von der Seite an und strich mit den zitterigen Fingern einige

Male durch sein verwildertes Bart, murmelnd: „Was weißt Du, Puppe!“ Und laut und grollend: „Hat Dir der Penneboße einen Floh in's Ohr gesetzt? Hab' ihn wohl greinen hören, den Esel! Verstanden hab' ich's nicht. Aber ich weiß, o, ich weiß, was sie alle sagen: „Geh' nicht mit dem Lumpen! Such' ihm auszukommen! Bewahr' Dein Geld und Deine Unschuld!“ Hahaha! Ihr Angstmichel! — Nein, Söhnchen, nein, Söhnchen! So ist's nicht. Ein Lump? Meinestwegen. Schall. Aber ein Dieb? Hoho! Verdamm! Will ich sein, wenn diese Finger hier schon eine Stecknadel gestochen haben. Was Gbbares gemaust — ja. Zuweilen. Wenn so ein alter Seitznochen am warmen Ofen mich hungrig hat aus der Stube gehen lassen — ja. Da hab' ich, ging's an, eine Wurst aus dem Rauch mitgehen heißen. Vielleicht auch ein halbes Brot oder dergleichen, wenn's mir grad im Wege lag. Aber stehen, noch dazu einem Kameraden, pui Teufel!“

Der andere antwortete nicht, verzog nur ein wenig das Gesicht, als sei ihm ein wirriger Käfer über die Hand gelaufen.

Ein seltsamer Klang kam in des Alten Stimme: „Ich halt' Dich nicht. Kannst gehen — dahin, dorthin. Wie Du willst. Was gehst' mich an? Und treffen wir uns auf der Chaussee, kennen wir uns nicht. Jede Straße hat zwei Seiten. Du gehst hier, ich drüben. Platz genug für uns beide. — Nun?“

Der Jüngere schien ihn gar nicht zu beachten. Das verbroch den Alten: „Grünling! Meinst, ich bettle um Deine Gesellschaft? Meinst, ich fall' Dir zu Füßen? Ha! Und geh Jahr und Tag allein wie einer, dem die Pest auf dem Hals sitzt! Will's gar nicht anders. Nach, daß Du fort

kommst! Was könnt' Ihr mir denn erzählen, Ihr gelbschnäbeligen Dinger! Daß es weich in Mutter's Schoß ist! Daß Eure Kasse Junge getriegt hat! Aber das Leben?“ Der Alte blieb stehen und schien mit einer weit ausholenden Handbewegung die Welt umfassen zu wollen. „Das Leben?“ Er schlug sich mit der Faust auf die Brust. „Da ist es und da sitzt es fest! Da hab' ich's und schleppe es mit mir herum, ganz allein, alles, was ich gesehen und gefühlt hab'. Es ist nicht wenig! Alles, was ich gehört hab', ach, manches Ohr voll, Söhnchen, manches Ohr voll! Und da geh ich einfach meine Nacht weg für mich und es spricht in mir und erzählt mir fort und fort wunderliche Sachen. Immerzu, nimmt kein Ende. Niemals. Hab schon manchen auf die andere Seite gewiesen, ist er mir dazwischen gekommen, wenn's grad besonders schön sprach. Und halt's ohne Dich auch noch aus! Ohne Dich und irgend einen.“

„Glaub's schon. 's geht anderen auch so. Weiß nicht, was das Geschwätz soll. Aber mir scheint, Dir ist ein besonderer Tag heute.“

„Herbst ist, und es fängt an, durch die Loden zu zieh'n. Oder ist nur mir so? Ein besonderer Tag, sagst Du. Wohl. Ich spür's in allen Gliedern. Und komm' mir wahrhaftig vor wie ein altes Weib, das einen haben muß, dem's was vorstehen kann. — Weiß nicht,“ er sah seinen Begleiter von der Seite an, „weiß nicht, was ich an Dir gefressen hab. Aber es ist mir, als müßten wir heut zusammenbleiben; als wär's schrecklich für mich, heut allein zu sein. — Söhnchen,“ es klang ganz weich und fast flehend, „Du läufst mir nicht fort, wie?“ Die bebenden Finger umfaßten den Arm des anderen.

(Fortsetzung folgt.)

1918 eine Rahmlegung vieler Betriebe der Papierverarbeitungsindustrie befürchten. Sollte dieses Ausfuhrverbot zum großen Teil auch zum Zwecke der Sicherstellung des Papiers für Druckereien erlassen sein, so erwartet die Versammlung aber vollgültigen Existenz- und Verdiensteratz für die geschädigten Berufsstände. Die Versammlung beauftragt den Vorstand, in einer Eingabe den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß dem fortbauenden und sich stetig steigenden Papiermangel von den dazu rufenen Stellen wirksamer als bisher abgeholfen wird.

Zur Abstellung der Behinderung durch die mangelhafte Kohlen- und Lichtversorgung beauftragt die Versammlung den Vorstand, bei der Stadtverwaltung vorstellig zu werden.

Krieg und Verjährung.

Zur Bundesratsverordnung vom 22. Nov. 1917.

Würden wir in normalen Verhältnissen leben, so würden mit dem Schlusse des Jahres 1917 die sogenannten Forderungen des täglichen Lebens verjähren, die im Jahre 1918 entstanden sind. Der Gläubiger müßte daher, um sich vor Schaden zu hüten, Maßnahmen treffen, die die Verjährung hinten halten. Das gebräuchlichste und sicherste Mittel hierzu ist die Zustellung eines Zahlungsbefehles. Deshalb wurden die Gerichte in Friedenszeiten mit Anträgen auf Erlass von Zahlungsbefehlen am Schlusse des Jahres überflutet.

Wie steht es nun mit der Gefahr der Verjährung im Kriege?

Wir müssen zunächst unterscheiden zwischen Forderungen, bei denen ein Kriegsteilnehmer Gläubiger oder Schuldner ist und zwischen anderen Forderungen.

Bei Forderungen aller Art, bei denen ein Kriegsteilnehmer Gläubiger oder Schuldner ist, sind die Verjährungsfristen für die Dauer des Krieges oder für die Dauer der Kriegsteilnehmereigenschaft gehemmt, d. h. sie laufen während der Hemmung nicht weiter; die Zeit aber, die vor der Hemmung verstrichen ist, wird angerechnet. Es verjährt z. B. der Anspruch aus einer unerlaubten Handlung in drei Jahren. Gesezt nun, A. hat dem B. durch Sachbeschädigung am 10. August 1913 einen Schaden von 150 M. zugefügt. Am 10. August 1914 ist er ins Heer eingetreten, wo er sich jetzt noch befindet. Hier ist von der dreijährigen Verjährungsfrist bis zum 10. August 1914 ein Jahr verfloßen; am 10. August 1914 ist aber dann die Hemmung der Verjährung eingetreten, weil der Schadenersatzer A. von diesem Tage an Kriegsteilnehmereigenschaft erlangte. Da er diese Eigenschaft immer noch hat und der Krieg noch dauert, besteht die Hemmung fort. Würde A. etwa am 1. Dezember 1917 aus dem Heere entlassen, so würde von diesem Tage an der Rest der Verjährungsfrist in Höhe von 2 Jahren weiterlaufen. Am 1. Dezember 1919 wäre also in diesem Falle der Anspruch auf Schadenersatz verjährt.

In allen Fällen also, wo der Gläubiger oder Schuldner irgend einer Forderung Kriegsteilnehmer ist, hat es wegen der Verjährung keine Not. Solange der Krieg dauert und die Kriegsteilnehmereigenschaft währt, kann die Verjährung nicht eintreten. Wenn allerdings die Kriegsteilnehmereigenschaft des Gläubigers oder Schuldners während des Krieges aufhört, so hört auch die Hemmung der Verjährung auf; also muß der Gläubiger jetzt acht geben, daß nicht der Rest der Verjährungsfrist abläuft, ohne daß er entsprechende Vorkehrungen getroffen hat.

Damit kommen wir zu den gewöhnlichen Forderungen, also zu denen, bei welchen weder Gläubiger noch Schuldner Kriegsteilnehmer sind. Gehen für sie in Ansehung der Verjährung während des Krieges auch besondere Vorschriften oder werden sie wie im Frieden behandelt? Besondere Vorschriften bestehen nur für die in den Paragraphen 196 und 197 des Bürgerlichen Gesetzbuchs aufgeführten Forderungen. Alle hier aufgeführten Forderungen, also die meisten Forderungen des täglichen Lebens, verjähren nicht vor dem Schlusse

des Jahres 1918. So hat der Bundesrat durch die Verordnung vom 22. November 1917 bestimmt.

Wir dieser neuen Bekanntmachung, die sich an in früheren Jahren erlassene anschließt, ist die Gefahr, daß die sogenannten Forderungen des täglichen Lebens verjähren, behoben. Es verjähren daher nicht vor dem 31. Dezember 1918, um einige Arten heranzugreifen, die Ansprüche der Kaufleute und Fabrikanten für Lieferung von Waren, die Ansprüche der Handwerker für Ausführung von Arbeiten, die Ansprüche der Gastwirte für Gewährung von Wohnung und Verköstigung, die Ansprüche der Lehrherren wegen des Lehrgeldes, die Honoraranprüche der Ärzte. Nehmen wir also z. B. an, ein Kaufmann hat seit Mai 1912 für gelieferte Waren 1000 M. zu erhalten, so verjährt dieser Anspruch, gleichviel ob Gläubiger oder Schuldner Kriegsteilnehmer ist oder nicht, nicht vor dem 31. Dezember 1918. H. L.

Korrespondenzen.

Cassel. Am 8. Januar d. J. fand hier eine öffentliche Versammlung der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in Buch- und Steinbruckerbetrieben statt. Der gute Besuch derselben legte davon Zeugnis ab, daß es unserer Berufsgruppe in Cassel mit dem Organisationsprinzip wieder ernst geworden ist, nachdem bald nach Kriegsausbruch das Verbandschiff hier zu versinken drohte. Nach einem instruktiven, interessanten Vortrag des Sauerbühners, Kollege K a l b, aus Frankfurt a. M., über: „Die Notwendigkeit organisatorischen Zusammenstufes zwecks Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse,“ war der Vorstand der angenehmen Lage 17 neue Mitglieder aufnehmen zu können. Der Mitgliederzuwachs betrug mithin seit dem 3. Quartalsabst. Juli 1917 44 Kolleginnen und Kollegen. Ein rückfälliger Beschluß des hiesigen Prinzipalsvereins veranlaßte energischen Einspruch, wie schließlich durch eine einstimmig angenommene Resolution zum Ausdruck kam. Dieselbe lautet: „Die am 8. Januar 1918 in Cassel tagende öffentliche Versammlung der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in Buch- und Steinbruckerbetrieben erhebt scharfen Protest gegen einen Beschluß des Vorstandes des Casseler Buchdruckerbesitzer-Vereins, welcher besagt, daß der Höchsthohn für weibliches Hilfspersonal 22 M. nicht überschreiten darf (einschließlich Feuerzulage). Die gut besuchte Versammlung befand, daß in einer Zeit unerhörter Teuerung, wie die gegenwärtige, 22 M. Wochenlohn keine annähernd gerechte Bewertung für die heute angespannten Arbeitsleistungen darstellt. Die Hilfsarbeiterschaft ist nicht gewillt, sich einen Höchstlohn in einseitiger Weise diktieren zu lassen, sondern fordert zumindest, ihre Organisationsleitung als die Instanz zu würdigen, die bei solch einschneidenden Festlegungen zur Mitberatung berufen ist. Beste Anerkennung findet indessen die Tatsache, daß der überwiegende Teil der Casseler Herren Prinzipale ein besseres soziales Verständnis anläßlich der letzten Teuerungszulagen erkennen ließ, als dies durch den fraglichen Vorstandsbeschluß zum Ausdruck kam. Diese Resolution ist der Prinzipalität zur Kenntnisnahme zu bringen.“ Letzteres ist dann auch am folgenden Tage durch Ueberreichung der Resolution an den Vorstehenden des hiesigen Prinzipalsvereins geschehen. Unser Gauleiter Kollege K a l b, sowie der Vorsitzende unseres Ortsvereins, Maschinenmstr. Manica, ließen bei dieser Gelegenheit keinen Zweifel bestehen, daß die Casseler Hilfsarbeiterschaft durch Geschlossenheit sich die wirtschaftliche Anerkennung zu erkämpfen bereit ist, die ihre Hände Arbeit gebührt. Hoffen wir, daß auch unsere Herren Prinzipale immer mehr lernen, dem Gebot der Zeit Rechnung zu tragen.

München. Obwohl, sich das Steinbruckerbetriebe in München alles andere nur nicht in rüstiger Lage befindet, haben sich die hiesigen Steinbruckerbetriebe trotzdem nicht der besseren Einsicht verschlossen, auch ihrem technischen Personal ab 1. Januar neue Teuerungszulagen zu gewähren. Allerdings waren mehrere langwierige Verhandlungen notwendig, um zu einer Einigung zu gelangen. Die neue Teuerungszulage für das Hilfspersonal in den Steinbruckerbetrieben wird nun in derselben Höhe bezahlt, wie dies in den Buchdruckerbetrieben seit 26. November vorigen Jahres der Fall ist. Für die männlichen verheirateten Hilfsarbeiter ausschließlich der früheren Zulage 8 Mark pro Woche, für die Ledigen 7 Mark, für die Einlegerinnen und Wagensängerinnen 6 Mark und für

Anfängerinnen und Lehrlingmädchen dieselbe Aufstellung wie im Buchdruck. Die neue Zulage für die Buchdrucker unter 20 Jahre beträgt 5 Mark pro Woche. Auch für die Steinbrucker, Lithographen und das Buchbindpersonal wurden neue Teuerungszulagen vereinbart, mit denen sich die Organisationsleitungen einverstanden erklärten. Eine sehr stark besuchte Versammlung des Steinbruckerbetriebsamts am Donnerstag, den 10. Januar, in der Kollege Fichtner als Verhandlungsteilnehmer in Abwesenheit des Vorstehenden über den Gang der Verhandlungen Bericht erstattete, erklärte sich mit dem Erreichten einverstanden. Wir hoffen nun, daß die verschiedenen Indifferenten der Steinbruckerbetriebe nun endlich auch den Weg in unsere Reihen finden möchten.

Wegen der vom Generalkommando angeordneten und von den Behörden verfügten Stromersparnis in den gewerblichen Betrieben, kam zwischen dem Verein Münchener Buchdruckerbetriebe, dem Verband der Deutschen Buchdrucker, dem Verband der Buch- und Steinbrucker-Hilfsarbeiter, Zahlstelle München und dem Deutschen Buchbinderverband nach vierstündiger Verhandlung folgende Vereinbarung zu Stande:

Infolge eines zwischen dem Städtischen Elektrizitätswerk und dem Verein Münchener Buchdruckerbetriebe zum Zwecke der Stromersparnis getroffenen Abkommens wird zwischen dem vorgenannten Vereine und dem im Buchdruckerbetriebe tariflich organisierten Arbeiter-Vereinsverbänden, unter Zustimmung der beiderseitigen Tarifstreikvertreter, folgende Vereinbarung getroffen:

1. Die Arbeitszeit für den Monat Januar beträgt 8½ Stunden einschließlich einer halbstündigen Mittagspause. Sie beginnt morgens 7½ Uhr und endet nachmittags 4 Uhr.
2. Die Arbeitszeit für den Monat Februar und die folgenden Monate bis zur Aufhebung der Stromersparnismaßnahmen beträgt 8½ Stunden einschließlich einer halbstündigen Mittagspause; sie beginnt morgens 7¼ Uhr und endet nachmittags 4 Uhr.
3. Für die reinen Zeitungsbetriebe werden besondere Maßnahmen getroffen.
4. Diese Neuordnung der Arbeitszeit ist ein Provisorium und endet mit der Aufhebung der Stromersparnis seitens des Städtischen Elektrizitätswerkes.
5. Die Vertragschließenden verpflichten sich, dafür Sorge zu tragen, daß diese Vereinbarung auch in denjenigen Betrieben zur Durchführung gelangt, die dem Verein Münchener Buchdruckerbetriebe nicht angehören.
6. Diese Vereinbarung tritt am Montag, den 7. Januar 1918 in Kraft.

Ausgaben.

Die Urabstimmung im Verbands der Kupferschmiede Deutschlands ergab, daß von 2425 abgegebenen Stimmen 2125 für die vorgeschlagene Beitragserhöhung um 15 Pf. für die Woche und die teilweise Neuregelung der Unterstützungssätze gestimmt haben; 281 dagegen. Damit tritt vom 1. Januar 1918 an diese Neuregelung in Kraft.

Torfhändler. In Groß-Berlin wird ein Zentner Torf gegenwärtig mit 9,25 M. bezahlt, während in München von der Preisprüfungsstelle 3,26 Mark je Zentner festgesetzt worden sind. Man wird Transportschwierigkeiten nicht als Ursache für die Ueberschreitung des „angemessenen“ Preises um fast 185 Prozent angeben können, denn in Preußen sind weit mehr Torflager als in Bayern, und zwar finden sich gerade im Umkreise von Berlin in Brandenburg große Moore. Bei der allgemeinen Brennstoffknappheit ist die Nachfrage nach Torf natürlich groß und offenbar soll den Berlinern aufs Neue gezeigt werden, wie gut der freie Handel es versteht, die Konjunktur nach dem Gesez „Angebot und Nachfrage regeln den Preis“ auszunutzen. Deshalb macht das Kriegswirtschaftsamt diesem Preisstreben nicht schleunigst ein Ende!

Zahlstelle Leipzig.

Die Bureaufunden für den Mitgliederverkehr sind festgelegt:

Vormittags 11–1 Uhr
Nachmittags 4–7 Uhr
Sonabend 9–1 Uhr
und 4–7 Uhr.